

# Stadt Heidelberg

Drucksache:  
**0293/2019/BV**

Datum:  
10.09.2019

Federführung:  
Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Beteiligung:

Betreff:

**Beratung, Diskriminierungsschutz und Empowerment  
für lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle,  
transgender, intersexuelle und queere (lsbtqi)  
Menschen in Heidelberg – Zuschuss an PLUS.  
Psychologische Lesben- und Schwulenberatung  
Rhein-Neckar e.V.**

## Beschlussvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	24.09.2019	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	25.09.2019	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

### **Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

*Der Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss:*

- *PLUS. Psychologische Lesben- und Schwulenberatung Rhein-Neckar e.V. erhält eine Förderung in Höhe von 59.395,86 € für den Betrieb einer Präventions- und Beratungsstelle in Heidelberg für die Zeit vom 01.01.-31.12.2020*
- *Die erforderlichen Fördermittel werden in Höhe von 44.400 € im Teilhaushalt des Amtes für Chancengleichheit (Amt 16) außerplanmäßig bereitgestellt (Deckung über Restmittel aus Vorjahren im Teilhaushalt 16)*

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
<b>Ausgaben / Gesamtkosten:</b>	
• einmalige / laufende Kosten <b>Ergebnishaushalt</b>	59.395,86
<b>Einnahmen:</b>	
• keine	
<b>Finanzierung:</b>	
• Ansatz 2020 (Teilbetrag Fonds Chancengleichheit)	15.000,00
• Über- / Außerplanmäßiger Mittelbedarf 2020	44.400,00
• Deckung bei Teilhaushalt 16, Sachmittel aus Jahresübertrag 2019	24.400,00
• Deckung bei Teilhaushalt 16, Transfermittel aus Haushaltsrest 2019	20.000,00
<b>Folgekosten:</b>	
• Die Abschätzung der jährlichen Folgekosten ist der Begründung zur Vorlage (Seite 3.4) zu entnehmen.	

### **Zusammenfassung der Begründung:**

Seit 2017 fördert das Amt für Chancengleichheit PLUS. Psychologische Lesben- und Schwulenberatung Rhein-Neckar e.V., um in Heidelberg eine kostenlose psychosoziale Beratung zu Fragen der sexuellen und geschlechtlichen Identität wie auch Fortbildungs- und Aufklärungsangebote für Schulklassen, Jugendgruppen und Lehrer\*innen bereit zu stellen. Auf Grund des stetig wachsenden Bedarfs ist ein Ausbau dieser Angebote notwendig. Der vorliegende Antrag ermöglicht eine nachhaltige Sicherung und Konzeptentwicklung zur Einrichtung einer Fachstelle für die Prävention von Homo- und Transfeindlichkeit sowie für die Beratung und das Empowerment von lesbisch, schwul, bisexuell und trans\* Menschen.

## **Begründung:**

### **1. Ausgangssituation und Handlungsbedarfe**

#### **1.1. Diskriminierungserfahrungen von LSBTTIQ**

Trotz entscheidender Fortschritte im Abbau der gesellschaftlichen wie rechtlichen Diskriminierung erfahren lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere (lsbttiq) Menschen immer noch im beträchtlichem Maße Diskriminierung und Gewalt. Dies ergab eine Umfrage im Auftrag des Landes Baden-Württemberg aus dem Jahr 2014<sup>1</sup>. Demnach haben 54 Prozent der betroffenen Befragten in den vergangenen fünf Jahren aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität herabsetzende Reaktionen erlebt. Am häufigsten waren sie in der Öffentlichkeit, aber auch in der Freizeit, am Arbeitsplatz sowie in Schule und Ausbildung negativen Äußerungen, Ausgrenzung, Benachteiligungen oder sogar körperlicher Gewalt ausgesetzt.

Auch die aktuelle Umfrage „Sicher Out?“, die im Auftrag des Amts für Chancengleichheit der Stadt Heidelberg und des Fachbereichs Demokratie und Strategie der Stadt Mannheim durchgeführt wurde, zeigt, dass Menschen in der Metropolregion auf Grund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität Einschränkungen in ihren Möglichkeiten zu individueller Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Teilhabe erfahren<sup>2</sup>:

- 61% der Umfrageteilnehmer\*innen war von einem diskriminierenden Vorfall selbst betroffen.
- 45% der Teilnehmer\*innen wurden in den letzten 12 Monaten im öffentlichen Raum durch einen anderen Menschen abgewertet, beschimpft oder bespuckt.
- 21% der Befragten berichteten sexuelle Belästigung und 14% sexuelle Übergriffe in den letzten 12 Monaten.
- 89% der Befragten verzichten im öffentlichen Raum auf Gesten gleichgeschlechtlicher Zuneigung wie Händchenhalten oder Küssen, vermeiden das Tragen bestimmter Formen der Kleidung oder nutzen den öffentlichen Nahverkehr nur eingeschränkt.
- Nur eine von fünf Personen ging zur Polizei, wenn sie bedroht, körperlich oder sexuell angegriffen wurde oder eine versuchte Vergewaltigung erfahren musste.

#### **1.2. Mögliche Folgen von Diskriminierung und daraus abgeleitete Handlungsbedarfe**

Auch wenn sich viele lsbttiq Menschen Strategien und Fähigkeiten angeeignet haben, mit Abwertung und Diskriminierung adäquat umzugehen, können sich Homo- und Transfeindlichkeit gerade auf das psychosoziale Empfinden junger Menschen negativ auswirken (siehe hierzu Punkt 1 der Anlage). Als Folgen von homo- und transfeindlicher Diskriminierung belegen verschiedene Studien unter anderem

- Beeinträchtigung in Schule, Ausbildung und Karriere

---

<sup>1</sup> [https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads\\_Offenheit\\_und\\_Akzeptanz/Onlinebefragung\\_Aktionsplan\\_Akzeptanz\\_2014.pdf](https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_Offenheit_und_Akzeptanz/Onlinebefragung_Aktionsplan_Akzeptanz_2014.pdf)

<sup>2</sup> <https://www.heidelberg.de/hd/HD/Rathaus/sicherheit+von+lsbttiq-menschen.html>

- Verlust sozialer Integration
- Risikoverhalten, psychische Erkrankungen und erhöhtes Suizidrisiko

Aus der Umfrage „Sicher Out?“ geht ebenfalls hervor, dass sich Isbttiq Menschen in der Region konkrete Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Sichtbarkeit und Sicherheit wünschen. In erster Linie stehen Beratung, Aufklärung und Sensibilisierung im Mittelpunkt. Gleichzeitig fordern die Befragten ein starkes Zeichen von Polizei, Politik und Verwaltung, dass homo- und transfeindliches Verhalten außerhalb des gesellschaftlichen Konsens steht.

Die Ergebnisse der Befragung zeigen Handlungsbedarfe für den kommunalen Diskriminierungs- und Gewaltschutz auf. Im Rahmen einer gemeinsamen Sondersitzung des „Runden Tisches sexuelle und geschlechtliche Vielfalt“ der Stadt Heidelberg und des „Runden Tisches LSBTTIQ“ der Stadt Mannheim im Heidelberger Rathaus tauschten sich Vertreter\*innen von über 20 Institutionen, Vereinen und Initiativen der LSBTTIQ-Community aus Mannheim und Heidelberg mit Bürgermeister Wolfgang Erichson (Stadt Heidelberg), Klaus Eberle (Fachbereichsleiter Sicherheit und Ordnung, Stadt Mannheim), Thomas Köber (ehem. Präsident Polizeipräsidium Mannheim) sowie Adrian Rehberger und Christine Stopp (Ansprechpersonen gleichgeschlechtlicher Lebensweisen, Polizeipräsidium Mannheim) zu den Zahlen aus und kamen überein, den Diskriminierungsschutz von Isbttiq Menschen weiter zu stärken.

Auch eine aktuelle Erhebung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes<sup>3</sup> (2017) stellt ein beträchtlich erhöhtes Diskriminierungs- und Gewaltrisiko auf Basis der sexuellen Identität fest und empfiehlt auf Basis der Ergebnisse eine Stärkung der Aufklärungsarbeit gegen Homo- und Transfeindlichkeit von Anlaufstellen für Betroffene, um sich gegen erfahrene Diskriminierung zur Wehr zu setzen.

## **2. Bestehende Angebote und Weiterentwicklung**

### **2.1. Lsbttiq Vereine und Initiativen in Heidelberg**

Nicht nur der Christopher-Street-Day Rhein-Neckar 2019 mit über 120.000 Teilnehmer\*innen machte deutlich, dass Isbttiq Menschen in der Metropolregion Rhein-Neckar engagiert und sichtbar Abwertung und Diskriminierung entgegenzutreten. In Heidelberg bringen sich eine Vielzahl von Menschen in den circa 15 Vereinen und Initiativen des Queeren Netzwerks Heidelberg ein. Das weit über die Region sichtbare Queer Festival und Aktionen wie der Internationale Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Trans\*phobie, der Dyke\*March, die Trans\*Aktionswochen und das Lady\*fest machen die Vielfalt, Solidarität, Kreativität und die große ehrenamtliche Beteiligung der LSBTTIQ-Community für Akzeptanz und gleichberechtigte Teilhabe sichtbar.

### **2.2. Bestehende Angebote von PLUS**

PLUS bietet seit 20 Jahren in der Metropolregion Rhein-Neckar Menschen, die auf Grund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität Diskriminierung erfahren, Rat, Unterstützung und Empowerment. Gleichzeitig sensibilisiert das Team von PLUS mit hoher fachlicher Expertise Verwaltungen, Bildungsträger und Zivilgesellschaft zu Fragen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und ist ein wichtiger Partner in der Antidiskriminierungs- und Präventionsarbeit. PLUS ist darüber hinaus die Anlaufstelle für junge Isbttiq Menschen in der Metropolregion und führt mit hoher inhaltlicher wie pädagogischer Kompetenz Workshops für Schüler\*innen und Multiplikator\*innen durch. Als Mitglied des Heidelberger Antidiskriminierungsnetzwerks, des „Runden Tisches sexuelle

---

<sup>3</sup>[https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise\\_Diskriminierungen\\_in\\_DE\\_anhand\\_der\\_sexualitaet.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=8](https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise_Diskriminierungen_in_DE_anhand_der_sexualitaet.pdf?__blob=publicationFile&v=8)

Drucksache:

und geschlechtliche Vielfalt“ der Stadt Heidelberg und durch die Gremienarbeit auf regionaler und Landesebene stellt PLUS die regionale Fachstelle im Themenfeld sexuelle und geschlechtliche Vielfalt dar.

Menschen aus Heidelberg bilden einen großen Teil der Ratsuchenden. Die langen Anfahrtswege zu den Räumlichkeiten von PLUS in der Mannheimer Neckarstadt und die damit verbundenen Kosten stellen dabei gerade für Jugendliche und junge Erwachsene eine erhebliche Hürde dar. Seit einigen Jahren stellt PLUS deshalb in Kooperation mit dem Amt für Chancengleichheit der Stadt Heidelberg und Gruppen des Queeren Netzwerks Heidelberg folgende Angebote bereit (siehe hierzu Punkt 3 der Anlage):

- Fortbildungs- und Aufklärungsangebote in Heidelberger Schulen: 2018 wurden durch PLUS 9 Workshops für Schulklassen und eine Fortbildung für 20 Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter\*innen durchgeführt. Aufgrund der großen Nachfrage müssen bisher Anfragen abgewiesen werden.
- Psychosoziale Beratung: Seit dem 2. Halbjahr 2017 bietet PLUS in einer Pilotphase an zwei Vormittagsterminen im Monat Beratungen zu sexueller und geschlechtlicher Identität an. Das Angebot wird dabei nicht nur von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gut angenommen, sondern bietet auch Angehörigen von Isbttiq Jugendlichen eine Anlaufstelle, um sich zu informieren und Rat zu suchen.
- In Kooperationen unter anderem mit der Jugendgruppe „Queer Youth“ und Studierendengruppen führt PLUS Projekte zur psychosozialen Stärkung junger Isbttiq Menschen durch und beteiligt sich an der Organisation von Veranstaltungen im Rahmen unter anderem des Queer Festivals, des Dyke\*Marchs, der Trans\*Aktionswochen und dem Internationalen Frauentag.

### 2.3. Weiterentwicklung

Die unter Punkt 1 aufgeführten Problemlagen und Handlungsfelder und unsere bisherigen Erfahrungen machen eine langfristige Sicherung und Weiterentwicklung der Angebote von PLUS in und für Heidelberg notwendig. Die Expertise von PLUS und ihren Mitarbeiter\*innen ist bundesweit anerkannt. Die Mitarbeiter\*innen von PLUS werden deutschlandweit als Expert\*innen angefragt und publizieren zum Thema in einschlägigen Fachverlagen. Auf Landesebene berät PLUS das Sozialministerium Baden-Württemberg zu Fragen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Mitarbeiter\*innen von PLUS entwickelten innerhalb des Projekts „Landesweite Beratung für lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere Menschen“ eine landesweit gültige Qualitätssicherung und Standards für psychosoziale Beratungsangebote für Isbttiq Menschen. In der Metropolregion Rhein-Neckar hat sich PLUS nicht nur als einzige Isbttiq Fachstelle etabliert, sondern ist auch ein zentraler Kristallisationspunkt der Isbttiq Community. Unter dem Dach von PLUS treffen sich über 20 ehrenamtliche Gruppen – von Isbttiq Senior\*innen, Jugendgruppen, einem Netzwerk für Isbttiq Geflüchtete bis hin zu Gruppen für intersexuelle Menschen oder Isbttiq Lehrer\*innen. Auch viele Menschen aus Heidelberg engagieren sich leidenschaftlich bei PLUS. Durch die Einrichtung einer Anlaufstelle in Heidelberg könnte die Stadt so nicht nur von der in der Metropolregion einzigartigen Fachkompetenz, sondern auch dem hohen ehrenamtlichen Engagement profitieren.

Die Nachfrage nach Beratung, Aufklärung, Expertise und Netzwerkarbeit im Kontext LSBTTIQ, die durch Schüler\*innen, durch junge Menschen und ihre Familien, durch Fachkräfte und Organisationen der Zivilgesellschaft an das Amt für Chancengleichheit und PLUS herangetragen werden, ist ansteigend. Der vorliegende Antrag sieht deswegen eine Stärkung des bisherigen Angebots und eine Konzeptentwicklung für eine LSBTTIQ-Fachstelle in Heidelberg vor. Die genaue Projektbeschreibung ist unter Punkt 5 der Anlage zu finden.

- PLUS weitet die Kooperation mit den Heidelberger Schulen aus und führt 12 statt bisher 9 Workshops in Schulen sowie eine Fortbildung für Lehrer\*innen durch. Das Team der Trainer\*innen für die Schulklassen wird erweitert und für seine Aufgaben fachlich begleitet und geschult. Die Arbeit geschieht in enger Absprache mit der Jugendgruppe „Queer Youth“.
- Das bestehende Beratungsangebot von PLUS für Isbttiq Menschen wird ausgebaut und eine verlässliche Anlaufstelle geschaffen. Statt bisher zwei Beratungsvormittagen im Monat wird 6 Stunden pro Woche inkl. fester offener Sprechzeiten fachlich qualifizierte und spezialisierte Beratung für alle Heidelberger\*innen angeboten.
- PLUS entwickelt 2020 unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Befragung „sicher out?!“ sowie den Erfahrungen aus Beratung und Fortbildung im Jahr 2020 in Absprache mit dem „Runden Tisch sexuelle und geschlechtliche Vielfalt“ und den Ansprechpersonen gleichgeschlechtlicher Lebensweisen beim Polizeipräsidium Mannheim ein Konzept für ein angemessenes Präventions- und Beratungsangebot in Bezug auf die Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen von Isbttiq Menschen.
- PLUS bringt seine Expertise verstärkt beim Heidelberger Antidiskriminierungsnetzwerk, dem in Gründung befindlichen Präventionsnetzwerk „Heidelberg schaut hin“ und anderen Gremien ein.

Mit den beschriebenen Maßnahmen wird PLUS im Jahr 2020 eine stabile fachliche Präsenz in Heidelberg aufbauen. Auf dieser Grundlage kann - wenn vom Gemeinderat gewünscht und beauftragt - ab dem Jahr 2021 eine Fachstelle zur Stärkung und Vernetzung von Isbttiq Menschen erwachsen, die nachhaltig fachliche Expertise, Beratungs- und Präventionskompetenz und die Vernetzung ehrenamtlichen Engagements für Heidelberg leistet und so die Akzeptanz, Sichtbarkeit und Sicherheit von Isbttiq Menschen in Heidelberg langfristig sichert. Das Amt für Chancengleichheit der Stadt Heidelberg steht durch das Bundesnetzwerk der LSBTTIQ-Beauftragten und den Landesbeirat „Für Akzeptanz und gleiche Rechte“ des Landes Baden-Württemberg in engem Austausch mit Kommunen, die sich für die Akzeptanz und Sichtbarkeit von Isbttiq Menschen einsetzen. Zur weiteren Qualitätssicherung von Projekten im Themenfeld LSBTTIQ wird eine Mitgliedschaft im Rainbow City Network angestrebt.

### 3. Finanzierung

Aufwand		Finanzierung	
Personalaufwand	49.131,86 €	Eigenmittel	1.500,00 €
Sachaufwand	15.264,00 €	Landesförderung	3.500,00 €
		<b>Zuschuss Heidelberg</b>	<b>Stadt</b> <b>59.395,86 €</b>
gesamt	64.395,86 €	gesamt	64.395,86 €

Die angeführten Kosten erscheinen notwendig und angemessen.

2020 sind im Teilhaushalt 16 spezifische Fördermittel für das Projekt nicht vorgesehen. Bisher erfolgte die Förderung einzelner Teilprojekte von PLUS e.V. über den Fonds Chancengleichheit. In der nun erforderlichen Größenordnung ist dies nicht möglich. Im Fonds Chancengleichheit 2020 stehen für das Projekt 15.000 € zur Verfügung. Für den darüberhinausgehenden Bedarf in Höhe von 44.400 € müssen im Teilhaushalt 16 außerplanmäßige Transfermittel bereitgestellt werden. Zur Deckung stehen gemäß der Prognose im Teilhaushalt 16 Restmittel aus 2019 (Sach- und Transfermittel) in Höhe von 44.400 € zur Verfügung. Sachmittel in Höhe von 24.400 € können als Jahresübertrag aus 2019 nach 2020 und Transfermittel in Höhe von 20.000 € als Haushaltsrest aus 2019 nach 2020 beim Fonds Chancengleichheit bereitgestellt werden.

Damit ist 2020 die Finanzierung des Ausbaus und der Stärkung der bisherigen Präsenz in Heidelberg sowie der Konzeptentwicklung für eine Fachstelle gesichert. Die laufende Finanzierung einer Fachstelle ab 2021 müsste im Doppelhaushalt 2021/2022 verankert werden. Haushaltsmittel stehen hierfür mittelfristig nicht zur Verfügung.

## **Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg**

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ 2	+	<b>Ziel/e:</b> Diskriminierung und Gewalt vorbeugen <b>Begründung:</b> Die Betroffenen sind sowohl gesellschaftlicher Diskriminierung als auch Gewalt ausgesetzt. Die Beratungsarbeit unterstützt sie präventiv und leistet Empowerment. Gleichzeitig setzt sich die Schul- und Jugendpräventionsarbeit von PLUS dafür ein, dass Diskriminierung abgebaut und für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt sensibilisiert wird.
SOZ 3	+	<b>Ziel/e:</b> Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern <b>Begründung:</b> Das Projekt stützt sich auf das enorme ehrenamtliche Engagement von PLUS. PLUS lebt durch das hohe zivilgesellschaftliche Engagement zahlreicher, oft junger Menschen, die Empowerment- und Selbsthilfe leisten. Der Antrag unterstützt diese ehrenamtliche Arbeit durch fachliche Leitung und Qualifikationsangebote.
SOZ 12	+	<b>Ziel/e:</b> Selbstbestimmung gewährleisten <b>Begründung:</b> PLUS ermöglicht es Isbttiq Menschen, Strategien zu entwickeln, um sich erfahrener Diskriminierung zur Wehr zu setzen und selbstbestimmt zu leben.

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet  
Wolfgang Erichson

**Anlagen zur Drucksache:**

Nummer:	Bezeichnung
01	Anhang zum Antrag „Heidelberg für alle – Beratung und Stärkung von lesbttiq Menschen in Heidelberg“ <b>(VERTRAULICH – Nur zur Beratung im Gremium!)</b>